

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Montag

7
April

Telefon: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Otto Eichen), Marktstraße 9 und Kriemhild (B. Fabian, Witwe, Ecke Gutenberg- und Lauenstraße). Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Hauptredakteur Dr. phil. Franz Seucke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Eichen, Oestrich; für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: H. J. Dahmen; Verlag: Hermann Kauch in Wiesbaden.

Nr. 83 — 1919

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.20 Mk., für den Monat 1.40 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.47 Mk., monatlich 1.49 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 25 Pfg. für die erste Zeile, für ausser. Anzeigen 30 Pfg., Reklamezeile 1.50 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluss der Anzeigenannahme: Für Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluss der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. Postfachkonto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

Bekanntmachung

Der Verkehr zwischen Wiesbaden, Wiesbaden, Kassel und Mainz ist freigegeben. Eine besondere Reisekarte ist nicht mehr nötig. Die Reisekarte ist nur noch für den Fall der Reise nach Wiesbaden gültig. Die Reisekarte ist nur noch für den Fall der Reise nach Wiesbaden gültig. Le Lt. Colonel Administrateur du Cercle de Wiesbaden ville. Signé: LEROY.

Notleidende Stände

Es ist ganz naturgemäß, daß in der gegenwärtigen Zeit Massen und Mehrheiten die Entwicklung der Dinge beeinflussen. Ein Stand, der Millionen von Bürgern hinter sich hat oder infolge seiner Tätigkeit auf breite Volksschichten einwirken in der Lage ist, wird sich sehr durchsetzen. Seit Jahr und Tag ist es nicht mehr nur die Arbeiter, sondern auch die Kleinrentner, die die Notleidenden sind. Die Arbeiter sind in der Lage, ihre Forderungen durchzusetzen, während die Kleinrentner, die in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen, in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiter sind in der Lage, ihre Forderungen durchzusetzen, während die Kleinrentner, die in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen, in der Lage sind, ihre Forderungen durchzusetzen.

Rentner doch nicht anders sind als pensionierte Beamte oder frühere Arbeiter, die von der Altersversorgung leben müssen. Unter den Rentnern aber befinden sich besonders viele Frauen, denen eine andere Möglichkeit des Erwerbs nicht gegeben ist.

Wicht der Dessenhaftigkeit ist es, ihr Augenmerk auf Stände zu werfen, die zwar nicht Millionen vertreten, aber doch immerhin da sind und nicht verschwinden können. Hier vermissen wir die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien. Aus agitatoren Gründen klammert sich die Sozialdemokratie nur um die Arbeiter und neuerdings auch um die Beamten. Diese beiden Schichten stellen Millionen von Wählern, hat man sie gewonnen, dann braucht man die anderen Stände nicht mehr. Die bürgerlichen Parteien sind keine Klassenparteien, sie haben für alle Stände nach den Grundgesetzen der sozialen Gerechtigkeit einzutreten. Das ist an sich nicht leicht. Dem Stande der Privatangestellten kann beispielsweise wirksam nur geholfen werden, wenn eine gesunde Wirtschaftspolitik das Aufblühen von Handel und Wandel ermöglicht. Hinsichtlich der Rentner liegen die Dinge teilweise einfacher. Mehr wie je wird die Steuerpolitik der Zukunft darauf hinauslaufen, das sogenannte arbeitlose Einkommen zu treffen. Wenn sich nun auch das Einkommen der meisten kleinen Rentner auf baxter Arbeit, die allerdings schon einige Jahre zurückliegt, aufbaut, die Einkünfte werden meistens überleben. Sie werden auf das Kapital hin gesehen. Das ist eine harte, harte Belastung der kleinen Rentner beizubringen. Darum ist es an der Zeit, Dessenhaftigkeit und Nationalversammlung auf den totalisierten Bau unseres Volkswirtschafts aufmerksam zu machen. Alle Stände gilt es zu berücksichtigen, auch solche, die keine Massenorganisation besitzen!

Beimar gegen Beimar

Beimar, 3. April. Gestern wurden unter der Beimar Bevölkerung gelbe Handzettel verteilt, in denen zunächst gegen die Nationalversammlung Stimmung gemacht wird mit der Behauptung, daß seit Beginn ihrer Tagung alle Lebensmittel, besonders für die Arbeiterbevölkerung, immer knapper und durch den zunehmenden Scheitern der Tagung immer knapper werden. Es wird für Samstag nachmittags 3 Uhr in einem Demonstrationssitzung nach dem Volkshaus aufgerufen, der am Nationaltheater vorbei zum Marktplatz führen soll, wo vor dem Rathhaus die sofortige Auflösung der Nationalversammlung und die Entfernung der Berliner Nationalversammlung gefordert werden soll.

Die Auflösung des Reiches

Berlin, 3. April. Unter diesem Titel veröffentlicht das „Allgemeine Volksblatt“ einen mit einer Karte versehenen Aufsatz, der einen Überblick über die gegenwärtigen Leistungen gibt, welche beim Abbruch des Reiches vollbracht werden müßten. Im Hinblick auf die Revolution, ihre Einflüsse und Folgen ist es am Schluß:

Die größten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Forderung und Generalität zu überwinden, liegen daher nicht nur auf dem Gebiet der Transportführung, sondern auch auf dem Gebiet der Ernährung, indem auch auf diesem Gebiet die mit ihren Offizieren unbeschränkt um alle Ressourcen bis zuletzt in treuer Kameradschaft und selbstverständlicher Unterordnung zusammengehalten. Unter Zurücklassung aller persönlichen Gefühle und politischen Überzeugungen, unbedrückt durch alle Angriffe und die Tatsache, daß gerade die Heimat die schärfste Forderung und Dankbarkeit verdient, unbewußt durch die mehr oder minder harte Auslieferung einzelner Kameraden, hat der Kern des alten Offizierskorps seine schwere Pflicht bis zuletzt erfüllt. Im zweiten Sinne ist das Gelingen des Rückmarsches der Erkenntnis der Masse des Feldheeres anzuschreiben, daß der Rückmarsch nur durchgeführt werden konnte, wenn die Führung in erprobten Händen lag, wenn daher alle Führer auf ihrem Posten ausblieben und keine untunliche Hand in die Reihen eingeschoben wurde. Truppen ließen sich eben nicht durch Klatsch, sondern nur durch klare und bestimmte Befehle führen, deren Ausführung von jedem, auch dem letzten Mann in knappe Unterordnung und Disziplin erfolgen muß. So hat die Not der Stunde bei den letzten schweren Kämpfen des in der Endphase des Krieges noch einmal Führer und Truppe zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt und eine letzte Leistung geleistet, die angesichts der fast unbegreiflichen Schwierigkeiten den braven Leuten unseres Heeres glanzvoll werden kann.

Im den Vorständen

Paris, 4. April. (Reuter.) Pichon erklärte, daß der Präsident der Nationalversammlung seine Ansicht nach vor dem Reichstag zu veröffentlichen.

Deutschland stellt vorläufig keine Zahlungen an die skandinavischen Länder ein.

Berlin, 4. April. Der Vertreter der „Times“ berichtet von hier seinem Blatt: Ich höre, daß Deutschland Anfangs April beträchtlichen geldlichen Schwierigkeiten begegnen wird, weil die Kredite in skandinavischen Ländern zurückgezogen sind. Diese Kredite wurden vor dem Waffenstillstand aufgenommen, um die Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Rohstoffen zu erleichtern. Am 1. April sollte schon die erste Zahlung in Gold geleistet werden. Infolge der von den Alliierten auferlegten Bedingungen hat die deutsche Goldzahlung nicht geleistet werden können.

Wichtige Zusammenkünfte in Ostrop

Ostrop, 1. April. Hier kam es gestern zwischen Demonstranten und der Sicherheitswehr zu einem Zusammenstoß. Mehrere Personen wurden verletzt, zahlreiche verhaftet. — In den Zusammenkünften wird noch gemeldet: Im Laufe des gestrigen Vormittags bewegte sich ein Demonstrationstrupp von Belegschaftsmitgliedern der Hohen Zentburg, Grim, Graf Schwerin, Jägers usw.

zum Amstahle. Gegen 1 Uhr hielten die Demonstranten mit der Sicherheitswehr zusammen, die sich vor dem Amstahle mit Handgranaten verteidigte. Von einer Handgranate wurden vier Personen getroffen und eine größere Anzahl verwundet.

Beschäftigter Belagerungszustand im Ruhrgebiet. Bochum, 5. April. Ueber das gesamte Ruhrgebiet ist mit sofortiger Wirkung der verstärkte Belagerungszustand verhängt worden.

Ausschreitungen in Altona

Altona, 4. April. In Ausschreitungen kam es heute früh auf dem diesigen Markt. Welt über tausend Personen hatten sich dort eingefunden und hielten jeden Wagen, der aus der Aufstellung kam, an und entleerten die Kisten für ihre Inhabers, den die Menge unter sich verteilte. Ein hartes Eingreifen von Polizeimannschaften und Sicherheitsmannschaften war erforderlich, um die Menge auseinanderzutreiben und Ruhe und Ordnung herzustellen.

15 Tote und 30 Verwundete in Stuttgart

Stuttgart, (Amtlich.) Am 2. April abends gelang es den Sozialisten, sich in den Besitz des Artilleriemagazins in Unterföhring und des Wagenshauses in Wangen zu setzen. In der Nacht wurden die Gebäude wieder genommen und etwa 20 Sozialisten gefangen. Unterföhring und Wangen sind in der Hand der Regierungstruppen. Die Regierung ist in Stuttgart und in allen Städten des Landes völlig Herrin der Lage. Die Haltung der Sicherheitskräfte verbietet die weitere Anerkennung. Ueber die Wiederannahme der Arbeit schweben zurzeit noch Verhandlungen. Die Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr ruhen noch. Der bürgerliche Streik dauert fort. Es erscheint auch deshalb nur die sozialdemokratische „Schwäbische Tagung“. Nach polizeilicher Zählung beträgt die Zahl der Opfer bei den bisherigen Straßenkämpfen 15 Tote und 30 Verwundete.

Gegen den Streik

Düsseldorf, 4. April. Das Kartell der Christlichen Gewerkschaften wendet sich an die Arbeiterkraft gegen den geplanten Generalstreik. Dieser Streik habe weder mit der Revolution noch mit den Forderungen etwas zu tun. Eine einheitliche Begründung liegt nicht vor und damit fehlt es an jeder Veranlassung zum Streik. Die Christlichen Gewerkschaften hätten kein politisches Streik abgeben und würden das nach wie vor tun. Entlassene Arbeiter und Angestellte würden dann beitragen, daß Düsseldorf und auch das deutsche Volk von dem Generalstreik und seinen Folgen verschont bleibt. Das Kartell fordert daher die Arbeiterkraft auf, bei der abendlichen Abstimmung in den Betrieben keine Stimme für den sinnlosen Generalstreik abzugeben.

Masseier

Berlin, 4. April. Gegenüber den Behauptungen, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag einzuführen, erklärt der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands einen umfassenden Aufruf, der erklärt: Damit nachdrücklich abgelehnt wird, daß der Sozialismus in Deutschland markiert, muß am 1. Mai die Arbeit ruhen. Die Frauen insbesondere sollten künden, daß sie sich das Wahlrecht nimmermehr nehmen lassen würden. Der 1. Mai ist die erste Frauentag gefeiert werden. Evident ist der 1. Mai als eine gewaltige Kundgebung für den Völkerebund gedacht.

Am Vortag

München, 4. April. Ueber die Sozialisierung des Bergbaues Bayerns wird die Korrespondenz des „Allgemeinen Volksblattes“ berichtet. Am Freitag mit der Resolution des Sozialisationsausschusses des Landtages hat der Minister die beschlossene Feststellung der Vorarbeiten für die Sozialisierung des Bergbaues durch das Zentralwirtschaftsamt verfügt. Die Regierung ist sich entschlossen, mit der Sozialisierung ernst zu machen, um einerseits eine planmäßige Herstellung der Erzeugung von Rohstoffen, Rohstoffen und Arbeitskraft in die Hand zu nehmen, andererseits auch im Interesse dieser Aufgaben gewisse Wirtschaftsbereiche unmittelbar im Einvernehmen mit der Arbeiterkraft zu beherbergen. Der Oberbürgermeister von München, Dr. von Pichon, hat sein Rubensbildnis einseitig. Er ist seit 10 Jahren an der Spitze der städtischen Verwaltung.

In Augsburg

In Augsburg hat ein einseitiger Generalstreik begonnen als Sympathiebekundung für die Arbeiterkraft der Räterepublik und für ein Bündnis Bayerns mit Ungarn und Rußland. Am Freitag fanden große friedliche Demonstrationen statt. Die Demonstrationen waren nicht ohne Zwischenfälle. Die Demonstrationen haben sich der Bewegung angeschlossen. Damit die Bewegung in Ruhe und Ordnung verläuft.

Unruhen in Petersburg

Russische Telegramme berichten, daß es in Petersburg zu schweren Unruhen gekommen ist. Die Arbeiter lehnen sich gegen den Bolschewismus auf. Sie gegen durch die Streiken unter den Russen: Arbeiter mit der bolschewistischen Gewalttätigkeit. Es kam zu Barrikadenkämpfen, wobei die russischen Soldaten des roten Heeres die Reihen der Arbeiter mit Maschinengewehren hart schlugen. Lenin hielt große Reden an die Arbeiter und erklärte, die Lage sei kritisch, aber man müsse sich mit dem Dingen abfinden.

Bauernanstände im Volgaal

Paris, 3. April. Der „Times“ wird aus Tschirb berichtet, daß laut zuverlässigen Nachrichten der Bormarsch der nationalen russischen Truppen im Volgaal ununterbrochen andauert. Es werden zahlreiche Anführer unter den Bauern gemeldet, welche des Bolschewismus überdrüssig zu werden begannen und mit Ungehörigkeit den Anführer der Truppen des Admirals Kolischak erwarteten. Unter den russischen Truppen herrscht Desinteresse.

Finne, Spalato und Adana italienisch

Naap, 4. April. Dillon, der Pariser Berichterstatter des Daily Telegraph, meldet, daß die Konferenzen beläufigen habe, Finne und Spalato Italien zu zuweisen.

Zu den Unruhen in Frankfurt

Was in Frankfurt geschah wurde

Frankfurt a. M., 5. April. Die von der Kriminalpolizei unter Beihilfe der Sicherheitsorgane seit Mittwoch veranstalteten Durchsuchungen großen Stills nach gefährlichen Wut nehmen immer gewaltigeren Umfang an. Fortwährend sind die Verhaftungen unterwegs und rufen die bedrückten Waren dem Wägen zu. Der beste Fahrer in der Auffindung neuer Lager ist der Polizei das liebe Publikum selber. Wird in einer Familie blinderger gefunden, so demnächst diese liebe Nachbarn und Freunde, von denen sie weiß, daß sie Montag wieder mit nach Hause kommen. Infolgedessen machen die Durchsuchungen ins Richten und fördern, da die Anzeige durchweg stimmt, geradezu unglaubliche Vorräte aus Tageslicht. Rande Familie hatte ihren „Beck“ auf lange Jahre hinaus gegeben. Bei einem christlichen Bildhauer in der Biegelgasse holte man aus einer Kiste unter Kachelstein im Keller verpackt 35 Anzüge und 100 Paar langschäftige Stiefel hervor. Ein Kuchenschrank in der Nähe des Großen Kornmarktes verdeckte im Kamin Ningen von geliebten und geliebten Silberzeug, Küder und Weider. Er weigerte sich unter Verhütung auf keine Einlassungsberechtigt als Luxemburger die Sachen herauszugeben. Leider hatte die Polizei dafür kein Verständnis. In einem Kuchenschrank am linken Mainufer fand man drei große Säcke mit Mehlern, die von Bländern der Dreißigjährige nach hier in Sicherheit gebracht waren. Kinder verdienen das Verdienst. An anderer Stelle hoberte man ein Lager Kucheln auf. In einem Kuchenschrank verpackt wurde ein Sack mit Schokolade gefunden. Besonders reichliche Ergebnisse brachten die Durchsuchungen in der Grubenstraße, wo nur wenige Familien sich als „arm“ erweisen. Einige der ergriffenen Weiber trugen den graublen Stoff noch aus der Zeit, als man auf den Fruchtboden der Verordnungen festhielt. Mit den Durchsuchungen sind naturgemäß zahlreiche neue Verhaftungen verbunden. Donnerstagmorgen lieierte man 28 Männer und sechs Weiber, am Abend nachher die gleiche Zahl ins Gefängnis ein. Von hier wurden die Leute unter starker Bedeckung nach dem Gefängnis gebracht.

Dortmund, 4. April. Aus Anlaß der Frankfurter Vorkommnisse beantragten der Oberbürgermeister, die Bürgermeister und die Stadträte die Durchsuchung ihrer Wohnungen nach Lebensmitteln. Ueber das zulässige Maß hinaus wurde nichts gefunden.

Düsseldorf, 3. April. Hier sind 30 Belgier mit Schießern im Düsselbörger Hafen einetroffen. Die Belagerten dient zur Kontrolle der Rhein-Schiffahrt und gleichzeitig als Abnahmecommando für die Lebensmittelbeschaffungen des Verbandes, die im Düsselbörger Hafen eintreffen.

Paris, 3. April. Nach einem amtlichen Nachrichtenbericht werden 27 deutsche U-Boote an Frankreich ausgeliefert. Eine erste Sendung von acht U-Booten ist nach Cherbourg unterwegs.

Aus aller Welt

Aus Rheinhessen. Die Preise für Auschankwein gehen in letzter Zeit wieder rapid in die Höhe. Während man im Monat Januar vielfach den halben Schoppen bereits wieder zu 1 Mark bis 1.50 Mark, in einzelnen Gemeinden neuen Wein sogar schon unter 1 Mark haben konnte, fordert man jetzt wieder durchweg 2 Mark bis 2.50 Mark für den halben. Damit ist der frühere Preis wieder erreicht, der es dem gewöhnlichen Sterblichen unmöglich macht, ab und zu auch einmal ein Gläschen Wein zu trinken.

Kreuznach, 1. April. In einer von zweitausend Landwirten aus allen Teilen des Kreises besuchten öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel, in der scharfe Worte über die durch die Revolution gefährdeten Lebensinteressen der Landwirtschaft und gegen die Einmischung der Kommunalverbände fielen, wurde nach Hauptvorträgen von Harrer, Ruckbaum (Heibach) und Winterhaller der Verband einstimmig eine Entschließung angenommen, die „scharfen Einspruch gegen die belächelte „Jungwirtschaft“ erhebt. Die Versammlungsteilnehmer fordern die Aufhebung der den freien landwirtschaftlichen Betrieb beeinträchtigenden Vorschriften über Schlichtung der Streitigkeiten und Butterläufer und den freien Handel. Sie erkennen die Notwendigkeit an, entsprechende Regelungen von Lebensmitteln und Vieh zu liefern, verlangen aber sofortige Erhöhung der hierfür festgesetzten Marktpreise, die in keinem Verhältnis mehr stehen zu den vielfach um das fünf- und sechsfache gesteigerten Preisen des für Gewinn, Schaltung notwendigen.

Berlin, 4. April. Die Angehörigen der Neuen Boden-LG sind heute geschlossen in den Strahl getreten. Im Laufe des Februars hatten die Angehörigen bereits Forderungen erhoben. Es handelte sich, wie der Allgem. Verband der deutschen Bankbeamten erklärt, vor allem um eine Aufbesserung ihrer Gehälter und Zahlung einer Entschädigungssumme. — Die Sympathie des Publikums steht aufseiten der Bankbeamten. Der Schritt der Bankbeamten ist berechtigt. Mit Ausnahme der besten Direktoren und Abteilungscheffe ist die Lösung der Bankbeamten eine ganz geringe — oft nur ein Trübsal, aber keine Gegenleistung für die aufgewandte Mühe und Arbeitsleistung. Viele trostlosen Zustände beklagen aber nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern in noch weit höherem Maße auch in den Provinzstädten. Dort ist die Ausbeutung der jungen Leute in den Banken, die „gemeinnützigen Banken“ wie Vorschaubank, Darlehnskassen usw. nicht ausgeschlossen, oft noch viel schärfer als in der Residenz, weil hier die Ausbeutung der Bankstellen fehlt, und deshalb „der Arbeiter an den Schraubstock gefesselt“ ist. Bei den Aufsichtsratsmitgliedern dieser Genossenschaften ist keine Hilfe zu suchen und zu

